



Sitzungsvorlage 12/1943/2026

Beratung	Status	Sitzungstag	Behandlung
Kreistag	öffentlich	30.01.2026	Information

Beratungspunkt:

Kreishaushalt 2026; Haushaltsrede des Kämmers

Sachverhalt:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,

auch in diesem Jahr bereitete die Aufstellung des Kreishaushalts wenig Vergnügen. Die strukturellen Probleme bestehen unverändert fort und nicht nur der Landkreistag als unser Spitzenverband warnt eindringlich vor einer sich zuspitzenden Finanzkrise.

Der Ihnen zur Beschlussfassung vorgelegte Haushaltsplanentwurf wurde Ihnen in der Sitzung des Kreisausschusses am 12.Januar vorgestellt und ausführlich diskutiert. Ich verzichte daher auf eine Wiederholung des Vortrags und beschränke mich vorab auf einige wesentliche Eckdaten:

- Der Haushalt hat ein Volumen von insgesamt 183,4 Millionen Euro, die sich aus 155,2 Millionen im Verwaltungshaushalt und 28,2 Millionen im Vermögenshaushalt zusammensetzen. Damit steigt das Volumen um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr an.
- Die Umlagekraft des Landkreises steigt um 0,8 % an und liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt der mittelfränkischen Landkreise, der allerdings durch einen Sondereffekt verzerrt wird.

- Die Einnahmen aus der Kreisumlage steigen unter Annahme der vorgeschlagenen Erhöhung des Kreisumlagesatzes auf 49,5 % von 66,1 auf 69,7 Millionen Euro.
- Die Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt 2,031 Millionen Euro und liegt damit über der Pflicht-, aber unterhalb der Sollzuführung.
- Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage beträgt knapp 6,6 Millionen Euro. Damit reduziert sich deren Umfang weiter von 10,8 Millionen auf 4,2 Millionen Euro.
- Der Haushaltsplan umfasst eine Kreditaufnahme von 4,6 Millionen Euro. Inklusive des noch bestehenden Inneren Darlehens rechnen wir mit einem Schuldenstand von 9,15 Millionen Euro zum Ende des Haushaltsjahres 2026.

Im soeben abgelaufenen Haushaltsjahr 2025 kalkulierte der Landkreis mit einem Defizit im Verwaltungshaushalt von 2,35 Millionen Euro. Dieses wurde aus der Allgemeinen Rücklage gedeckt, die noch ausreichend ausgestattet war. Hierdurch war es möglich, die Höhe des Kreisumlagesatzes im Haushaltsjahr 2025 auf unveränderter Höhe zu belassen. Für das neue Haushaltsjahr ist eine Anpassung unumgänglich – diese fällt mit 2,2 Prozentpunkten durchaus maßvoll aus. Zumindest liegt sie damit meist deutlich unter den aufsummierten Anpassungen in den anderen mittelfränkischen Landkreisen in den Jahren 2025 und 2026.

Gleichwohl ist jedem, der sich mit den Kommunal финанzen befasst, bekannt, dass die Lage vieler Städte, Märkte und Gemeinden im ganzen Freistaat wie auch bei uns im Landkreis ebenfalls schwierig ist. Daher ist auch eine maßvolle Erhöhung der Kreisumlage eine zusätzliche Belastung – dies ist uns durchaus bewusst.

Umso wichtiger ist es, sich gerade in angespannten Zeiten nicht auseinanderdividieren zu lassen und im Gespräch zu bleiben. Im Rahmen der

Vorbereitung des Ihnen vorgelegten Haushalts erfolgte ein intensiver Austausch mit den Vertretern des Spitzenverbands der Gemeinden auf Kreis- und Bezirksebene, mit der Kommunalaufsicht und der Staatlichen Rechnungsprüfung.

Es ist nicht so, dass es nichts Positives zu berichten gäbe über den Haushaltsplan 2026:

U.a. die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund sorgt dafür, dass die Schlüsselzuweisungen für den Landkreis um 1,7 Millionen Euro steigen. Eine deutliche Erhöhung des Bezirksumlagesatzes – die Planungen des Bezirks Mittelfranken lagen bei 2,61 Prozentpunkten - konnte vermieden und durch zusätzliche Mittel des Freistaats im Finanzausgleich auf 0,29 Prozentpunkte reduziert werden.

Demgegenüber steht die erwähnte leider nur sehr bescheidene Erhöhung der Umlagekraft des Landkreises um 0,8 %, welche die Steigerungen in verschiedenen Bereichen – Personalkosten, ÖPNV, Schulunterhalt – nicht kompensieren kann.

In Summe bleibt es also äußerst schwierig – und mit dem sich auftürmenden Defizit des Kommunalunternehmens Kreiskliniken schwebt über uns ein Damoklesschwert, dessen Auswirkungen in den nächsten Jahren richtig spürbar werden.

Die bedenkliche Lage des Kreishaushalts ist nach unserer Auffassung nicht Ergebnis nachlässiger Verwaltungsarbeit oder fehlgeleiteter Politik, sondern struktureller Natur. Verwaltung und Politik sind bestrebt, Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und umzusetzen – an die Konsolidierungsrunden mit Kreis- und Rechnungsprüfungsausschuss begleitend zur Aufstellung des Haushaltsplans sei erinnert. Außerdem wird in der Verwaltung ein System zum Controlling installiert. Die Hausaufgaben werden also durchaus gemacht – in Anbetracht des hohen Anteils nicht beeinflussbarer Positionen sind die Möglichkeiten aber begrenzt.

Als positiver Aspekt sind neben der Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund auch die Auswirkungen der Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur zu erwähnen: Zum einen erhält der Landkreis einen Anteil am kommunalen Investitionsbudget von voraussichtlich 4,7 Millionen Euro, welches in Teilbeträgen bis 2029 abgerufen werden kann, zum anderen sollen die Eigenanteile beim Bau von Schulen und Kitas durch eine pauschale Finanzausweisung reduziert werden.

Diese erfreulichen Positionen stärken den Vermögenshaushalt und verzögern bzw. reduzieren die Aufnahme von Krediten, zu welcher der Landkreis nach langen Jahren erstmals wieder gezwungen sein wird. Über viele Jahre hinweg konnte der Vermögenshaushalt durch ausreichende Zuführungen aus dem Verwaltungshaushalt „angefüllt“ werden, wodurch die Investitionen ohne Kredite finanziert werden konnten und die Allgemeine Rücklage aufgebaut werden konnte.

Es ist aber festzustellen, dass die Ausflüsse aus dem Sondervermögen keinen bzw. kaum Einfluss auf den Verwaltungshaushalt haben, dessen strukturellen Probleme dessen ungeachtet fortbestehen. Aufgrund des Abschmelzens der Rücklage wird es überdies künftig erforderlich sein, Kassenkredite zur Aufrechterhaltung der Liquidität in Anspruch zu nehmen.

Gleichwohl gilt es, auf örtlicher Ebene in schwierigen Zeiten gemeinsam Lösungen zu finden – gleichzeitig sind wir aber darauf angewiesen, dass die Verantwortlichen in Bund und Land zeitnah die erforderlichen Schritte einleiten, um sowohl die Finanzausstattung der Kommunen als auch der Kliniken auf ein tragfähiges Fundament zu stellen.

Abschließend möchte ich mich bei Herrn Landrat Dr. von Dobschütz und ebenso bei allen Kolleginnen und Kollegen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Gleiches gilt für die Kreisrätinnen und Kreisräte, bei welchen ich mich ebenfalls für den stets konstruktiven Dialog und das angenehme Klima bedanken möchte. Ich darf die Hoffnung äußern, dass dies auch künftig nach der Kommunalwahl in veränderter Besetzung der Fall sein wird.

An den aktuellen Kreistag habe ich die Bitte, dem vorliegenden Haushaltsplan für 2026 zuzustimmen. Der Entwurf ist sicherlich kein „Wunsch – Haushalt“, sondern trägt den Rahmenbedingungen Rechnung und wird diesen gerecht. Viel mehr kann in diesen schwierigen Zeiten leider nicht geboten werden.

Danke für Ihr Vertrauen und ebenso danke für Ihre Aufmerksamkeit.